

Von der „Bereicherung“ des öffentlichen Personennahverkehrs

Die *Rheinische Post* berichtet heute über eine denkwürdige **Busfahrt**. Zehn Minuten von Hilden nach Benrath dauerte die Tour, die ein 56-jähriger Mann mit seinem Sohn und auch etliche andere Fahrgäste sicher nicht vergessen werden. Der Fahrer des Busses der Linie 784 der Rheinbahn öffnete an der Haltestelle, wo Fahrgäste warteten, zunächst die Tür nicht. Als er dann nach Klopfen der potentiellen Fahrgäste widerwillig doch öffnete, verweigerte er den Männern den Zutritt zum Bus, die aber trotzdem einstiegen und sich in die erste Reihe setzten. Der Fahrer - 47 Jahre alt, wie die RP herausfand - fuhr dann los und beschimpfte seine Mitfahrer unflätig. Zitat aus der Rheinischen Post:

„Es geht um Beschimpfungen der übelsten Art, die sich vor allem gegen Deutsche richteten, bis hin zu einem tätlichen Angriff an der Endhaltestelle am S-Bahnhof in Benrath.“

Denn nach dem Aussteigen, kam der Fahrer noch hinterher und stieß den Vater zu Boden, weil er die Nummer des Busses fotografiert hatte.

Was wir leider nicht erfahren: Was für ein Landmann der Fahrer ist, und welchem glücklichen Zustand wir es zu verdanken haben, dass er Menschen, die ihm seinen Lebensunterhalt sichern, herumfahren und - weil sie Deutsche sind - übelst beschimpfen darf.

Immerhin: Die Rheinbahn wird sich von dieser Bereicherung des öffentlichen Personennahverkehrs trennen - sofern der Betriebsrat nichts dagegen hat. Mal schauen, ob wir von diesem Busfahrer auch später nochmal in der Zeitung lesen werden...

Vom totalen Versagen einer Stadtregierung

Vergangene Woche war ich wieder zwei Tage in Berlin. Ende der achtziger Jahre habe ich sogar sieben Jahre in der - zu Beginn noch - geteilten Stadt gelebt. Und ich mag Berlin, auch wenn mancher meiner Leser mir diese heimliche Liebe übel nimmt. Berlin, das ist Leben rund um die Uhr, das ist Kultur, das ist eine dramatische Historie, das ist das Zentrum der deutschen Politik. Und bevor Sie mir vom offenen Drogenhandel, von Kriminalität, der Kluft zwischen Ost und West schreiben: ja, Berlin ist das auch alles. In vielen Beiträgen habe ich das Arm-aber-Sexy-Gequatsche von Klaus Wowereit, den Görlitzer Park, das Unvermögen, einen Hauptstadt-Flughafen zu bauen, und Subventionen für Linksextremisten scharf kritisiert. Ich weiß, dass hier nicht alles glänzt, was Gold ist. Aber den Puls der Stadt, die schnoddrigen Taxifahrer, die Theater und Clubs - ja, die mag ich und dazu stehe ich.

Mit der aktuellen rot-rot-grünen Senat schickt sich die 3,5-Millionen-Metropole allerdings an, immer

scheller auf den Abgrund zuzurutschen. Die „Gesamtausgaben Asyl“ explodierten in 2017 von ursprünglich geplanten 478 Millionen Euro um 85 Prozent auf kaum zu fassende 886 Millionen Euro.

Und wenn es darum geht, eigene politische Freunde finanziell üppig zu versorgen, lässt sich Berlin auch nicht lumpen. Der Etat für die sogenannte „Stärkung der Demokratie im Kampf gegen Rechtsextremismus“ soll von 3,3 Millionen Euro im vergangenen Jahr um satte 600.000 Euro auf 3,9 Millionen Euro 2018 steigen. 2015 reichten noch 2,5 Millionen Euro. Vor allem aber: Was hat es gebracht im Kampf gegen den Rechtsextremismus?

Ein erfolgreicher Kampf des wackeren Senats gegen den Islamismus in der Metropole ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Statt dessen brannten im Dezember 2017 am Brandenburger Tor Israel-Fahnen. Deutschland im Jahr 2018.

Und die Ur-Berliner? Die Bezieher von Arbeitslosengeld und Hartz IV? Fast jeder sechste (!) Berliner lebt von diesen Transferleistungen. Fast 400.000 Einwohner der deutschen Hauptstadt sind überschuldet. Entlastung? Solidarisches Miteinander? Bekämpfung der Obdachlosigkeit? 50.000 Menschen seien betroffen, schätzt der Senat im laufendem Jahr. Arm aber sexy? Was für ein dämlicher Spruch von Herrn Wowereit. Da frieren Menschen nachts in öffentlichen Parks, S-Bahnhöfen und den Vorräumen von Sparkassen mit Geldautomat. Es ist eine Schande, dass die Hauptstadt eines der reichsten Länder der Welt nicht einmal den Versuch unternimmt, diese armen Leute aus ihrer Not zu holen.

Berlin ist eine lebendige, pulsierende Stadt. Aber warum diese Versager im Senat immer wieder gewählt werden, verstehe ich nicht. Möglicherweise sind die Alternativen auch nicht so prickelnd...

Übrigens: in der kommenden Woche starten wir www.berlinjetzt.com – ein neues Nachrichtenportal für die Hauptstadt.

Nicht nur wohlfeil reden, Frau Merkel!

„Wir sind sehr froh, dass es wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt“, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Holocaust-Gedenktag gesagt. Und Reden an Gedenktagen halten, das kann sie. Sollte der Zustrom aus muslimischen Ländern, den Frau Merkel mit der fahrlässigen Öffnung der deutschen Grenzen 2015/2016 erst ermöglicht hat, wieder zunehmen, dann ist es durchaus wahrscheinlich, dass damit auch der dumpfe Antisemitismus weiter wächst. Wir alle haben die Hass-Aufmärsche vornehmlich muslimischer Demonstranten in Berlin und in Duisburg gesehen, haben gesehen wie vor dem Brandenburger Tor Israel-Fahnen vernbrannt wurden. Nicht zu fassen, dass so etwas heute in Deutschland wieder geduldet wird. Eine restriktive Politik gegenüber Judenhassern, auch wenn sie aus anderen Kulturkreises kommen, wäre der beste Schutz für die jüdischen Mitbürger in Deutschland.

Bigamie im Interesse der Kinder

Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe droht in Deutschland demjenigen, der verheiratet ist aber „mit einer dritten Person eine Ehe schließt“. Vor dem Hintergrund dieser unmissverständlichen Aussage im deutschen Strafgesetzbuch erstaunt ein Vorgang, der sich in dieser Woche in Pinneberg (Schleswig-Holstein) ereignet hat. Dort genehmigte die Kreisverwaltung, dass ein syrischer Flüchtling, der dort seit 2015 mit seiner Frau und vier Kindern lebt, seine Zweitfrau aus Syrien nachkommen lassen darf. Dies sei, erklärte ein Sprecher der Behörde, keine pauschale Regelung, sondern im „Interesse der Kinder“. Bin gespannt, wie die Staatsanwaltschaft das sieht...

Kleine Plauderei im Restaurant

Gestern war ich Mittagessen mit einem Europapolitiker in Düsseldorf. Irgendwann erzählte er mir von den islamistischen Terroranschlägen in Brüssel vor zwei Jahren. Er war damals unterwegs nach Israel und checkte am Flughafen genau dort ein, wo 15 Minuten später die Bombe explodierte und Menschen in den Tod riss. Dann erzählte ich ihm von meinem Erlebnis am Düsseldorfer Hauptbahnhof vergangenes Jahr, als nur Minuten, nachdem ich einen ICE auf Gleis 10 verlassen hatte, dort ein Islamist mit Machete wahllos auf Menschen losging und mehrere schwer verletzte. Wir bestellten noch einen Espresso und Tiramisu und sprachen über Freunde von uns, die immer versicherten, in ihrem Ort sei noch nie etwas passiert...

Womit hat diese 73-Jährige das verdient?

Ein 24-jähriger „Student“ aus Kamerun hat vergangene Woche in der Michael-Ende-Straße in Nürnberg offensichtlich grundlos eine 73-jährige Passantin angegriffen, massiv geschlagen und getreten. Mit schlimmen Gesichtsverletzungen wurde die Rentnerin ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter trug nichts als eine weiße Unterhose am Leib, zu seiner Tat will er sich nicht äußern.

Viel wissen wir bisher nicht über den Gewaltverbrecher vom schwarzen Kontinent. Wie er nach Deutschland kam, wissen wir auch nicht. Und bitte ersparen Sie mir jetzt den Hinweis, Frau Merkel sei

schuld an der Gewalttat. Wir wissen noch nichts.

Gestern Abend waren wir bei Freunden zum adventlichen Grillen eingeladen. Das erste Bier stand gerade eine Minute auf dem Tisch, da ging es schon um Frau Merkel und die Flüchtlinge - pro und kontra, intensiver aber freundlicher Streit. Müssen wir gerade als Christen nicht jedem Menschen in Not helfen? In Not? Die kommen hierhin, um wirtschaftliche Vorteile abzuziehen. Gewaltverbrechen gab es auch früher, und da waren die Täter fast immer „Bio-Deutsche“. Aber warum reißt man die Grenzen auf und lässt Hunderttausende unkontrolliert in unser Land, von denen vielleicht zwei Prozent anschließend unsere Gastfreundschaft mit Straftaten gegen uns danken...?

Diese 73-Jährige aus Nürnberg: Hat sie so etwas verdient? Wer schützt solche Frauen, überhaupt die Alten in unserem Land? Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber diese Unsicherheit, die in Deutschland Alltag geworden ist, können und dürfen wir nicht hinnehmen.

Erst wussten sie nicht, wer hier ist - Jetzt wissen sie nicht, wer weg ist...

Über 30.000 in Deutschland abgelehnte und sofort ausreisepflichtige Asylbewerber sind verschwunden. Das melden heuet mehrere Tageszeitungen. In der *BILD* wird ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wie folgt zitiert: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Ausländerzentralregister registrierte Ausreisepflichtige im Einzelfall möglicherweise bereits ausgereist oder untergetaucht sind, ohne dass die zuständige Ausländerbehörde hiervon schon Kenntnis beziehungsweise den Sachverhalt an das AZR gemeldet hat.“

Ja, Sie lesen richtig: „im Einzelfall“! 30.000 Einzelfälle also, übersetzt: eine nebensächliche Lappalie. 30.000 Leute, die kein Recht haben, hier in Deutschland zu sein. Wer sind die, was machen die? 30.000 Leute - das ist eine Mittelstadt. So wie Menden im Sauerland oder Frechen bei Köln. Einfach weg. Sind Sie vielleicht freiwillig und heimlich über mehrere europäische Länder in ihre Heimat zurückgekehrt? Unwahrscheinlich, oder? Sind sie weiter in Deutschland unterwegs und bestreiten ihren Lebensunterhalt mit Drogenhandel in städtischen Parkanlagen? Bereiten sie irgendwo in einer schäbigen Unterkunft bei gemeldeten und von uns finanzierten Verwandten Terroranschläge vor?

Wir wissen es nicht. Vielleicht ist auch alles gar nicht so schlimm. Vielleicht sind nur 30 oder 10 von ihnen böse Menschen, die Böses im Schilde führen. Aber wer ist verantwortlich dafür, das unser Land erst nicht wusste, wer alles hier reinkommt und jetzt nicht weiß, wo zehntausende abgelehnte Asylbewerber geblieben sind?

Europa hätte die Flüchtlingskrise locker wuppen können

Nüchtern betrachtet hätte die Flüchtlingskrise Ende 2015 gar nicht zu einem solchen Problem werden müssen. Eine Million Menschen, verteilt auf die Länder in der EU, in der zusammen 500 Millionen Menschen leben - das hätten „wir“ geschafft. Aber das Leben ist eben nicht so, denn die meisten Länder in der Gemeinschaft wollten nicht mitmachen. Zurück blieben allen voran Deutschland, dessen famose Kanzlerin die Grenzen unseres Landes für Wochen weit öffnen und jeden herein ließ, der es bis hierhin geschafft hat. Österreich und Schweden trugen die Last mit, Frankreich ein bisschen, wohl mehr aus kosmetischen Gründen.

Das, was ich Frau Merkel persönlich bis heute vorwerfe, ist - neben mehrfachem Rechtsbruch - dass ausgerechnet sie als Antreiberin der europäischen Integration einsame Entscheidungen getroffen hat, ohne vorher zumindest mit den wichtigsten europäischen Partnern zu einer Vereinbarung über die Aufnahme von Flüchtlingen zu kommen. So landeten 890.000 in einem Jahr hier bei uns - mit all den Problemen, von denen wir jeden Tag in der Zeitung lesen können.

Hurra, er lebt noch! Was uns der Euro über Prognosen sagt...

Es gibt heutzutage drei Wege für einen Publizisten in Deutschland, einen ordentlichen Shitstorm auszulösen. Der sicherste ist zu schreiben, dass all die vielen Islamisten, die zu Fuß oder in Schlauchbooten zu uns gekommen sind, eine kulturelle Bereicherung sind. Der zweite ist zu schreiben, was für eine wunderbare Bundeskanzlerin wir haben, die uns sicher durch alle Stürme lenkt und sogar die CDU modernisiert. Und das dritte ist zu schreiben, dass der Euro eine nach wie vor stabile Währung ist.

Die Gefahr, dass ich die ersten beiden steilen Thesen noch jemals schreiben würde, besteht nicht. Mit Angela Merkel, der Modernisierung und ihrer fahrlässigen Flüchtlingspolitik bin ich persönlich durch. Aber der Euro?

Ich weiß noch genau, es war im Jahr 2008, als mir von vielen Facebook-Freunden vorhergesagt wurde, die Abschaffung der europäischen Gemeinschaftswährung stehe nun kurz bevor. Angeblich seien nachts LKWs in Deutschland unterwegs, die frisch gedruckte DM-Scheine zu den Sparkassenfilialen bringen.

Das wisse man ganz genau, und ich – Schreiberling – habe ja von Wirtschaft und Finanzen sowieso keine Ahnung. In dem Jahr schloß ich eine Wette mit einem älteren Freund, der prognostizierte, den Euro werde es innerhalb von fünf Jahren nicht mehr geben. Wir gaben uns die Hand drauf und vereinbarten eine Flasche Champagner, die der Gewinner vom anderen nach fünf Jahren bekommen werde. Den Euro gibt es noch, den Champagner habe ich nie bekommen. Wahrscheinlich konnte er keine Flasche mit seinen alten DM-Scheinen erwerben.

Nun, den Euro gibt es noch, ich habe heute Morgen meine Brötchen damit bezahlt, so wie ich vergangene Woche in Belgien Brötchen mit dem Euro bezahlt und vorgestern in den Niederlanden eine Tankfüllung mit dem Euro bezahlt habe. Gestern kletterte die Gemeinschaftswährung über die Marke von 1,20 Dollar für einen Euro und damit auf den höchsten Wert seit Januar 2015.

Nun warte ich auf die nächsten Prognosen. Zwei Leser schrieben mir schon, im September werde die letzte halbwegs freie Wahl in Deutschland stattfinden. Sie wüssten das ganz sicher...

„Ausreisepflichtig“ - ein Wort, das für Heiterkeit sorgt

Jeder, wirklich jeder neue Terroranschlag dokumentiert die Hilflosigkeit unseres Staates, wenn es darum geht, seine Bürger zu schützen. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz ist „schockiert“ über den Anschlag gestern in einem Edeka-Markt in Barmbek. So wie er schockiert war über die linksextremistischen Gewaltausbrüche rund um den G20-Gipfel.

Der Messerstecher gestern, ein Araber, der ausreisepflichtig ist, tötete wahllos einen Kunden dort und verletzte mehrere andere teilweise schwer. Dabei rief er „Allahu akbar“, was – wir wir politisch korrekten Menschen inzwischen wissen – ja erstmal nichts bedeuten muss. Vielleicht hat er das nur einfach so aus Spaß gerufen. Oder undeutlich „Alle Achtung“ gerufen. Das wissen wir ja nicht.

Was wir wissen, ist, dass der Mann ebenso wie hunderttausende andere hierzulande, gar nicht mehr hätte in Deutschland sein dürfen. „Ausreisepflichtig“ – wohl kaum ein anderes Wort ruft in den Flüchtlingsheimen so viel Heiterkeit aus wie dieses.

So lange die verantwortlichen Politiker in Deutschland nicht endlich beginnen, konsequent abzuschieben und ihre eigenen Gesetze durchzusetzen, kann Barmbek auch in Zukunft jederzeit und überall sein.